

ARGUMENTATIONSHILFE

**LINKE Politik
für den Mittelstand**

DIE LINKE.

THEMA

LINKE POLITIK FÜR DEN MITTELSTAND

Der so genannte Mittelstand wird von allen Parteien als tragende Säule der Wirtschaft beschworen. Auch wir begreifen KMU (Kleine und mittlere Unternehmen) als wichtige Akteure. Sie nehmen bei der Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, als Partner der kommunalen Daseinsvorsorge oder beim Neubau von Wohnungen eine wichtige Funktion ein. Allerdings setzen wir nicht auf kurzfristige private Profite, sondern auf eine nachhaltige volkswirtschaftliche Entwicklung. So profitieren KMU von der von uns geplanten Stärkung der öffentlichen Hand (etwa durch die höhere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen sowie großer Unternehmen und einer Übergewinnsteuer auf außerordentliche Gewinne von Unternehmen wie Amazon, die wegen der Coronakrise erzielt wurden), das umfangreiche Investitions- und Infrastrukturprogramm ebenso wie die gestärkte private Nachfrage durch die steuerliche Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen. Die regionale Wirtschaft stärken wir außerdem durch einen Mietendeckel für Kleingewerbe, Handwerk, soziale und kulturelle Einrichtungen und ein scharfes Wettbewerbsrecht gegen Digitalkonzerne und »Datenkraken«.

Die Sparkassen und Genossenschaftsbanken als Basis eines neuen Finanzsektors und wichtigste Finanzierer der KMU wollen wir stärken, die Qualität der Berufsausbildung verbessern sowie Wirtschafts- und Innovationsförderung auf Regionalität und KMU konzentrieren. Dabei wollen wir prekäre Selbstständigkeit vermeiden und fordern bundesweite branchenspezifische Mindesthonorare, die einem ruinösen Preiswettbewerb entgegenwirken, sowie soziale Absicherung in allen Arbeitsverhältnissen.

Was sagen die anderen?

Die **CDU** will Bürokratie abbauen. Die **FDP** ebenso und »Damit die Unternehmen nicht durch Erbgänge oder eine Substanzbesteuerung gefährdet werden, lehnen wir eine Verschärfung der Erbschaftsteuer oder die Wiedereinführung der Vermögensteuer ab«. Die **SPD** will »die Förder- und Kreditprogramme für den Mittelstand im Bereich Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz ausbauen«.

Die Grünen widmen dem Mittelstand einen ganzen Abschnitt: »... Unsere Mittelstandspolitik setzt auf den Dreiklang aus einer Verringerung bürokratischer Lasten, einer innovationsfreundlichen Steuerpolitik sowie einer breitenwirksamen Forschungslandschaft. ...«

Die **AfD** will »die Wirtschaft von politisch herbeigeführten Belastungen komplett befreien.«

LINKE Gegenargumente

Dass die Stärkung der KMU zentral von der öffentlichen und privaten Nachfrage abhängt, vernachlässigen die anderen Parteien.

Die Kritik von neoliberalen Lobbygruppen, getarnt als Interessenvertretung des Mittelstandes, an zu viel Bürokratie zielt immer auf die Rücknahme von sinnvoller Regulierung: Steuervollzug, Bauordnungsrecht, Daten-, Umwelt- und Verbraucherschutz. Auch die betriebliche Mitbestimmung ist ihnen regelmäßig ein Dorn im Auge, genau wie einheitliche Lohn- und Arbeitsstandards. Das widerspricht nicht nur unserer Programmatik, sondern auch einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung.